

VERANKERUNG IN DER FLÄCHE? DIE MÜNCHNER AFD IN DEN KOMMUNALWAHLEN 2026



Das Gendern in Verwaltung und Schule beenden, die Beflaggung des Rathauses auf Schwarz-Rot-Gold verändern und alle Finanzflüsse daraufhin überprüfen, wo Linksextremisten unterstützt werden – das sind die drei Maßnahmen, die er als erstes veranlassen würde, wenn er Oberbürgermeister werden würde, sagt AfD-Oberbürgermeisterkandidat Markus Walbrunn.

Er zeigt damit die Fahrtrichtung der Münchner AfD vor den Kommunalwahlen am 8. März 2026: Sie ist nur oberflächlich an Sachpolitik interessiert und macht vor allem Politik gegen ihre Feindbilder. Das hat sie auch in den zurückliegenden sechs Jahren in den kommunalen Parlamenten getan: Im Stadtrat aber auch vielen Bezirksausschüssen haben sich ihre Vertreter*innen so verhalten. Nach den Kommunalwahlen 2020 schickte die AfD drei Personen in den Stadtrat und 16 Abgeordnete in 13 der 25 Bezirksausschüsse. Diese lokale Verankerung möchte die extrem rechte Partei nun wenn möglich ausbauen und ihren Einblick in und Zugriff auf die Stadtpolitik erweitern.

Die AfD tritt mit zwei Programmen in den Kommunalwahlen an: Einem Rahmenprogramm für den ganzen Freistaat und einer Fassung, die speziell für die Landeshauptstadt aufgesetzt wurde.¹ Beide Programme sind erkennbar vorsichtiger formuliert als viele Äußerungen der Partei und ihrer Vertreter*innen wie Markus Walbrunn. Im Vergleich mit den Programmen der Vergangenheit zeigt sich, dass der Anteil an realpolitischen Forderungen, die auf kommunaler Ebene umsetzbar wären, gestiegen ist.

Die AfD versteht es zunehmend besser, ihre extrem rechte Ideologie auf mehr Politikfeldern in konkrete Politik zu übersetzen. Dazu kommen Allgemeinplätze wie Forderungen nach einer besseren finanziellen Ausstattung von Einrichtungen, deren Finanzierung allerdings unklar bleibt.

¹ Alle Zitate im Folgenden stammen aus diesen beiden Programmen, soweit sie nicht anderweitig zugeordnet sind.

Alle Fotos (sofern nicht anders angegeben): firm



Die Beflaggung des Rathauses als prominente Forderung: AfD-Wahlkampf in München.



Werbematerialien der AfD im Kommunalwahlkampf 2026

Auf dem Papier formuliert die Partei – wahrscheinlich auch mit Blick auf die Diskussionen um ihre Beobachtung und ein mögliches Parteiverbot – weniger zugespitzt, aber erst wenn man darüber hinaus auch das Verhalten und die Äußerungen ihrer Vertreter*innen in den Blick nimmt, kann man die AfD wirklich einordnen und verstehen.

Insgesamt zeichnet die AfD ein düsteres Bild der Situation in der Stadt: „Mein

Herz blutet, wenn ich zusehen muss, wie sich München verändert. Überall Dreck, Müll, marode Straßen und marode Schulen. Die Stadt hat acht Milliarden Schulden, Unternehmen wandern ab, Existenzen zerbrechen. Über 2000 Insolvenzen nur im Jahr 2024, Mietpreise, Energiepreise und Lebensmittelpreise explodieren.“ So klagte ihre Stadtratskandidatin Jitka Machyan in einer Rede im Dezember 2025. Schuld an diesen Zuständen sind in den Augen der Partei eine verfehlte Stadtpolitik und vor allem Migrant*innen und Geflüchtete.

„Die Stadt München hat kein Geld, weil sie es für die falschen Anliegen wie Migration und Unterstützungsangebote für die falschen Teile der Stadtgesellschaft ausgibt – sie hat viel mehr die Interessen von Migrant*innen, Geflüchteten und LGBTQI-Personen im Blick als diejenigen, der alteingesessenen deutschen Bürger*innen. Die Verwaltung arbeitet ineffizient und intransparent. Die AfD ist die einzige Partei, die das ändern kann.“ Das sind die zentralen Säulen der AfD-Narrative, die sich durch ihre Kommunalwahlprogrammatik ziehen. Genauso deutlich werden ihre Feindbilder sichtbar: Sie macht Politik gegen Migrant*innen, Geflüchtete, LGBTQI-Personen, Muslim*innen und politisch Andersdenkende.

DIE AfD WÄCHST AUCH IN MÜNCHEN

Die AfD ist seit ihrer Gründung im Jahr 2013 auch in München aktiv, aktuell mit vier Kreisverbänden. Durch drei Stadtrats-, drei Landtags-, ein Europaparlaments- und ein Bundestagsmandat und die Parteienfinanzierung fließen ihr erhebliche öffentliche Gelder zu. Damit betreiben ihre Vertreter*innen mittlerweile auch in München drei Büros. Ihre Räume in Perlach bezeichnen sie als „Blaues Haus“, die NSDAP-Parteizentrale am Königsplatz haben die Nationalsozialist*innen „Braunes Haus“ genannt.

Zu den Kommunalwahlen tritt die AfD mit einem Oberbürgermeisterkandidaten, einer Stadtratsliste und Listen in 24 der 25 Bezirksausschüsse an. Neun dieser Listen sind mit so vielen Personen besetzt, dass die Wähler*innen im jeweiligen Bezirk alle ihrer Stimmen auf sie verteilen können.

Die AfD in München ist fest in der Hand von Funktionär*innen, welche das extrem rechte Gedankengut der Partei offen nach außen tragen. Parteigänger*innen benutzen einschlägige Kampfbegriffe wie „Remigration“ und „Kulturmarxismus“, hetzen gegen Migrant*innen und Muslim*innen, machen politische Gegner*innen verächtlich und bringen LGBTQI-Personen mit sexueller Gewalt gegen Kinder in Verbindung. Ihre Kommunalwahlkandidat*innen lassen sich stolz mit dem AfD-Scharfmacher Björn Höcke ablichten, als dieser im Februar 2026 in München auftritt. BA-Kandidat Florian Edlinger veröffentlicht eine Aufnahme von sich mit dem Dortmunder AfD-Abgeordneten Matthias Helferich, von dem selbst in der AfD einige Abstand halten, seit bekannt wurde, dass er sich einem Chat als „das freundliche Gesicht des NS“ bezeichnete. Münchner Kreisverbandsvorsitzende wie Rene Dierkes fördern gezielt die Zusammenarbeit mit anderen extrem rechten Akteuren wie der „Identitären Bewegung“ und haben entgegen der Unvereinbarkeitsliste der AfD kein Problem damit, Mitglieder in ihre Reihen aufzunehmen, die auch in solchen, teils militanten, Zusammenhängen aktiv sind. Die „Identitäre Bewegung“, die örtlichen rechten Burschenschaften und die verschwörungsideologische Pandemieeugnerszene sind strategische Partner der AfD in München. Im Juli 2025 fand im AfD-Büro in Perlach eine Lesung des extrem rechten Vordenkers Martin Sellner statt. Die AfD versucht, dessen Konzept für die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland unter dem Namen „Remigration“ politisch umzusetzen. BA- und Stadtratskandidat Kevin Funke wollte eigenen Aussagen in einem extrem rechten Podcast zufolge 2025 an einer Lesung Sellners teilnehmen, wurde davon allerdings abgehalten. Er werde, wenn möglich die nächste Lesung besuchen, so Funke weiter.

Luca Strauf, Stadtratskandidat der AfD ist Mitglied der rechten Burschenschaft Cimbrica und außerdem in der neu gegründeten Jugendorganisation der Partei aktiv. In seiner Bewerbungsrede für deren Bundesvorstand sprach Strauf von Deutschland als einem „zum Scheitern verurteilten Vielvölkerstaat“ und forderte „millionenfache Remigration“. In neonazistischer Manier wandte sich der AfD-Kandidat gegen „Überfremdung“, „Degeneration“ und „Selbsthass“. Strauf wurde in der Folge auch Mit-



Arm in Arm mit der „Identitären Bewegung“: Im Rahmen seiner Lesung im Münchner Parteibüro lassen sich AfD-Vertreter wie Tim Schulz (rechts) und Florian Edlinger (2. von rechts) mit Martin Sellner fotografieren.
Screenshot: TikTok

glied im Vorstand des bayerischen Landesverbandes der „Generation Deutschland“ und zeigt sich gerne an der Seite des Vorsitzenden, MdL Franz Schmid, der für eine besonders scharfe Linie innerhalb der AfD Bayern und eine Kooperation mit anderen extrem rechten Organisationen eintritt. Im Kreisverband München Ost ist mit Tim Schulz ein Mann aktiv, der aus seiner Sympathie für die „Identitäre Bewegung“ keinen Hehl macht und sich an deren Treffen beteiligt. Obwohl diese Gruppe auf der Unvereinbarkeitsliste der Partei steht, kann sich Schulz problemlos gleichzeitig in ihren Reihen betätigen und sitzt ebenfalls im Landesvorstand der „Generation Deutschland“.

Die AfD hat sich erfolgreich als parlamentarischer Arm der Pandemieeugner*innenszene etabliert und trägt deren Forderungen nach einer Abrechnung mit den Verantwortlichen für die Infektionsschutzmaßnahmen gegen die Coronapandemie in die Parlamente. Auch in ihrem Kommunalwahlprogramm träumt sie davon, „die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen“. An den Aufzügen der Szene in München waren immer wieder zahlreiche Parteifunktionär*innen wie Jitka Machyan und Andreas Reuter beteiligt und bis heute arbeitet man unter dem Dach „Gemeinsam für Deutschland“ zusammen. Im Fall von Christian Christoph ist ein Vertreter dieser Szene auf die Stadtratsliste der AfD gehoben worden und möchte jetzt für die AfD in das Rathaus einziehen. Er ist seit Jahren auf Demonstrationen unter anderem der Gruppe „München steht auf“ aktiv und trat dort auch als Ordner auf.

Auf der AfD-Stadtratsliste finden sich zahlreiche Personen, die schon lange als Funktionär*innen für die AfD arbeiten und nun mit einem Mandat belohnt werden sollen. Eine davon ist Jitka Machyan, die Vorsitzende des Kreisverbandes München Nord und AfD-Vertreterin im Bezirksausschuss Milbertshofen. In einer Rede im März 2025 im Bürgersaal Fürstenried spricht sie davon, dass Deutschland „überrollt“ werde von fremden Menschen und Gebräuchen, aber die AfD sich der „Überflutung“ nicht gehorsam beugen werde. Neuer Wohnraum werde in München nicht an Einheimische vergeben, an Informationsständen habe sie Menschen weinen gesehen, weil sie keine Wohnung bekämen, „Mohammed und Laila“ dagegen schon. Machyan klagte in der Folge über Häuser, auf deren Klingelschildern keine deutschen Namen mehr stünden und Schulklassen, in denen ausschließlich Kinder mit Migrationshintergrund säßen. Geflüchtete würden in Unterkünften „hofiert wie Könige“ und Deutschland ausgenommen „wie eine Weihnachtsgans“. Im Dezember 2025 schilderte Machyan im Kulturbürgerhaus Milbertshofen erneut, wie sie als BA-Abgeordnete die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft sieht: „Überall wird nachverdichtet. Ich habe mir angeschaut, wer diese neuen Wohnungen bezieht. Als Beispiel: Die neueste Nachverdichtung mit ca. 200 Wohnungen – nur 15 deutsche Namen!“ Machyan fuhr fort: „Die Willkommenskultur ist gescheitert, sie hat uns Chaos, Überforderung und Unsicherheit gebracht!“

VERTREIBUNG STATT EINER WELTOFFENEN GESELLSCHAFT

Die AfD tritt in München mit zwei Gesichtern auf, wenn es um das Thema Migration geht. Einerseits macht sie so pauschal Stimmung gegen alle Menschen mit Migrationshintergrund wie Jitka Machyan. Markus Walbrunn spricht davon, dass die Stadt 2026 „kippt“, weil dann mehr Menschen mit als ohne Migrationshintergrund hier wohnen werden. Stadtratskandidat Ulrich Henkel klagt: „Bei den 0-9-Jährigen stehen von 143.000 lediglich 50.000 deutsche 93.000 nicht-autochthonen Kindern gegenüber. Für unsere Kinder und Kindeskiner bedeutet das unausweichlich und ohne jede Chance: Sie werden zur Minderheit im eigenen Lande.“ Ihr BA-Kandidat in Ramersdorf, Bruno Fuchert, raunt von einem angeblichen „Hooton-Plan“, der eine Anleitung dafür sei, „das deutsche Blut bis zur vollkommenen Auslöschung auszu-dünnen“.

Andererseits versucht die AfD immer wieder, Münchner*innen mit Migrationsbiografie mit einem Trick für sich zu gewinnen: Sie erzählt ihnen, dass sie willkommen seien und dazu gehören würden, wenn sie schon länger in Deutschland leben. Das macht sie aber vor allem, um sie gegen die Migrant*innen und Geflüchteten aufzuhetzen, die jetzt nach Deutschland kommen. Nur diese neuen Migrant*innen und Geflüchteten seien das Problem und diese wolle sie mit ihrer „Remigration“ vertreiben. Je nachdem, wie es ihr strategisch am besten passt, zeigt die AfD eines dieser beiden Gesichter: Einerseits fordert sie die großangelegte Vertreibung einer Vielzahl von Menschen oder sie tut so, als ob genau diejenigen, die sie gerade ansprechen möchte, davon nicht betroffen sein werden.

Die AfD wirbt in ganz Deutschland mit dem menschenverachtenden und grundgesetzwidrigen Vertreibungsplan Martin Sellners für sich. AfD-Vertreter*innen verlangen dabei auch die Vertreibung von Menschen, die in ihren Augen den deutschen Pass nicht rechtmäßig erworben und damit nicht verdient haben. Der AfD-Kandidat Markus Walbrunn spricht von Personen, denen man diesen Pass „hinterhergeworfen“ habe, Parteikolleg*innen wie Lena Kortré verlangen offen, die erfolgten Vergaben von Staatsbürgerschaften in den vergangenen Jahren zu überprüfen. Die Aberkennung von Staatsbürgerschaften war ein häufiger erster Schritt in der Verfolgung Betroffener durch das NS-Regime. Auf bayerischer Landesebene fordert die AfD eine Reihe drakonischer Maßnahmen wie die Einrichtung einer Sonderpolizei gegen Geflüchtete nach dem Vorbild der brutalen „ICE“-Truppen in den USA und ein Verbot für Asylbewerber*innen, ihre Unterkunft abends zu verlassen. Sie möchte sofort die Aufnahme weiterer Geflüchteter und die Einrichtung neuer Unterkünfte in München stoppen. Asylbewerber*innen möchte sie außerdem mit einer Arbeitspflicht belegen. OB-Kandidat Markus Walbrunn will separate Schulen für Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen einrichten, weil diese sonst den Lernerfolg der Kinder ohne Migrationshintergrund gefährdeten: „Wir dürfen nicht länger den Bildungserfolg unserer Kinder auf dem Altar der Massenmigration und einer irregeleiteten Integrationspolitik opfern.“ Seenotrettungsgruppen diffamiert die AfD als „Schleuserorganisationen“ und möchte ihnen die Unterstützung entziehen. Auch wenn jährlich tausende Menschen auf der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer sterben – die Partei möchte nicht, dass München sich weiter an der Initiative „sicherer Hafen“ beteiligt.



Ihren Kommunalwahlkampf betreibt die AfD München vor allem mit Informationsständen.

Die AfD sagt, dass die Stadt durch die Unterbringung Geflüchteter überlastet sei, allerdings klingt in ihrem Programm immer wieder auch durch, dass es ihr um mehr als um praktische Kapazitäten geht. So spricht sie etwa davon, „das traditionelle Stadtbild und die bayerische Lebensart“ beziehungsweise die „kulturelle Identität Deutschlands und Bayerns“ bewahren zu wollen. Gleichzeitig schürt sie Ängste vor Migrant*innen und Geflüchteten, so postet etwa Markus Walbrunn gerne KI-generierte Bilder finster blickender Männer mit dunkler Hautfarbe und Messern in den Händen. Obwohl München seit Jahren ein niedriges und sinkendes Kriminalitätsaufkommen verzeichnet, schüren AfD-Vertreter*innen Ängste und machen vor allem Migrant*innen und Geflüchtete für die vermeintlich mangelnde Sicherheit verantwortlich. Stadtratskandidat Ulrich Henkel spricht von einem „geplanten Suizid“ Münchens und behauptet, dass 2025 „fast 10.000 Menschen, überwiegend aus archaischen rückwärtsgewandten Stammeskulturen eingebürgert“ wurden. Seine eigene Politik bezeichnet er beschönigend als „inländerfreundlich“.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK FÜR DIE OBEREN ZEHN PROZENT

Als bei einer AfD-Veranstaltung im Kulturbürgerhaus Milbertshofen einige ihrer Kommunalwahlkandidat*innen aus dem Publikum gefragt wurden, was denn ihr wirtschaftspolitisches Konzept für München sei, schauten diese betreten. Substanzielle Antworten hatten sie keine, einer erklärte, man müsse der Wirtschaft vor allem mehr Freiheiten lassen. In ihrem Programm zählt die Partei Steuern auf, die sie senken oder nicht einführen möchte und ruft nach niedrigeren Gebühren für Unternehmen. Die Sozialleistungen für Migrant*innen möchte die AfD soweit es geht auf das gesetzliche Minimum reduzieren. Bei der Verteilung von Wohnraum sollen in München ältere und berufstätige Bewerber*innen bevorzugt werden, wenn es nach der AfD geht. In ihrem Landesprogramm behauptet sie, dass Geflüchtete bei der Vergabe begünstigt werden und fordert dagegen „Einheimischenprogramme“ bei Wohnungen. Mit Schritten wie Förderungen für Wohnungsbaugenossenschaften, einer Vermittlungsstelle für Leerstand und baurechtlichen Vereinfachungen, möchte sie den Münchner Wohnungsnotstand bekämpfen. Maßnahmen, um die Situation von Mieter*innen zu verbessern, wie eine Mietpreisbremse oder einen Mietendeckel lehnt sie kategorisch ab. Kinder mit Behinderungen möchte die AfD weiter separat beschulen, eine Inklusion in Regelschulen lehnt sie ab. Selbst ein barrierefreier Zugang soll in ihren Augen nur gewährleistet werden, wenn das Geld dafür ausreicht.

Im November 2025 stellte die Partei ein neues Steuerkonzept vor, das klar zeigt, für wen sie Politik macht: Expert*innen errechneten, dass von diesem Modell, die wohlhabendsten zehn Prozent aller Bürger*innen profitieren würden: Von 116 Milliarden Euro Ersparnis würden sie 86 Milliarden erhalten. Die Einkommensverteilung würde damit noch ungleicher und die Vermögenden noch reicher. Die AfD möchte die Gewerbesteuer mit einer „Gemeindewirtschaftssteuer“ ersetzen, die niedriger wäre. Das wäre eine massive Steuersenkung für Unternehmen und ihre meist wohlhabenden Besitzer*innen. Außerdem sollen die Gemeinden über diesen Steuersatz mitei-

inander konkurrieren: Das würde ihn wahrscheinlich noch weiter nach unten treiben und die ohnehin schon großen Löcher in den kommunalen Haushalten heftig vergrößern. Im Münchner Programm finden sich diese Pläne nicht - auch hier fordert die Partei jedoch, die Gewerbesteuer nicht zu erhöhen.

Solche Vorschläge würden die kommunalen Haushalte stark belasten und ergeben in der AfD-Logik nur Sinn, weil sie gleichzeitig andere Ausgaben, etwa für Kultur und Soziales massiv zurückfahren möchte. Hier lägen vermeintliche Milliarden-Sparpotentiale laut AfD - diese würden allerdings direkt zulasten von sozial Benachteiligten gehen, die von solchen drastischen Kürzungen am stärksten betroffen wären. Die für deren Versorgung wichtige städtische Verwaltung möchte die AfD in Anlehnung an den rechtslibertären argentinischen Präsidenten Xavier Milei teilweise gleich ganz demontieren: Drei ihrer Referate plant sie, komplett einzustampfen. Wie die Stadt damit noch ihren Aufgaben nachkommen könnte, lässt sie offen.

ENERGIEPOLITIK AUS VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN?

Die AfD leugnet den Klimawandel und hält Klimaschutzmaßnahmen für eine Verschwörung, mit der böse Kräfte im Hintergrund eigentlich ganz andere Maßnahmen umsetzen wollen, um mehr Macht und Reichtum zu erhalten. Ihre Kandidat*innen sprechen von einer „Klimahysterie“ und „Klimareligion“, einem „vermeintlich durch CO₂ verursachten Klimawandel“ und verbreiten Fehlinformationen über eine globale Verschwörung böser Hintermänner, die den Klimawandel vortäuschen. Thomas Baack, Kandidat für den BA 25, verkündet etwa im Internet, dass es den breiten wissenschaftlichen Konsens unter Klimaforscher*innen in Sachen Klimawandel gar nicht gebe. Dementsprechend fordert seine Partei, alle Klimaschutzmaßnahmen einzustellen. Das hätte laut Klimaforscher*innen katastrophale Folgen für den gesamten Planeten und dementsprechend auch für München. Die AfD hält die Energiewende für ein „Gesellschaftsexperiment“ und möchte keine Flächen für Windkraft- und Solarenergieanlagen nutzen. Den Ausstieg aus der Kernenergie findet sie falsch und möchte ihn rückgängig machen - obwohl selbst die Betreibergesellschaften einen solchen Schritt nicht unterstützen. Den Blick vernebelt von Verschwörungserzählungen hält die Partei dagegen „gezielte Eingriffe in das Wettergeschehen“ und „elektromagnetische Strahlung z.B. durch Mobilfunk“ für größere Probleme.

AUTOPOLITIK STATT VERKEHRSPOLITIK

Die verkehrspolitischen Vorschläge der AfD für den ÖPNV und Radfahrer*innen sind dünn. Sie möchte mehr Geld investieren für Komfort, Sicherheit und Sauberkeit im Nahverkehr, aber nicht für niedrigere Fahrpreise. Der Ausbau der U-Bahn und der Bau der zweiten Stammstrecke sollten gestoppt werden und stattdessen eine „Ringbahn“ gebaut werden. Die AfD ist eine Autofahrer*innen-Partei und macht Verkehrspolitik für Autos: Sie möchte Tempo 50 oder sogar 60 auf Münchens Hauptverkehrsstraßen einführen, hält die Abgasmessungen und die daraus resultierenden Maßnahmen für überzogen, sie will lieber Ampeln abbauen und mehr Platz in der Stadt für Parkplätze verwenden. Für den Schutz der Anwohner*innen vor Verkehrsimmissionen wie Schadstoffen, Feinstaub oder Lärm vertraue sie auf technische Neuerungen der Hersteller und eine bessere Verkehrsführung.



Für die AfD heißt Verkehr vor allem Autoverkehr: Die Münchner AfD im Rahmen einer Kundgebung an der Hackerbrücke im Februar 2026.

EINSCHLÄGIGES PERSONAL FÜR EINE EXTREM RECHTE PARTEI

In den Kommunalwahlen stellt die AfD auch in München eine Reihe von Personen auf, die in der Vergangenheit in anderen extrem rechten Zusammenhängen aktiv waren. Thomas Nickl, der eine zweite Amtszeit im BA 11 anvisiert, besuchte in der Vergangenheit immer wieder Versammlungen der muslim*innenfeindlichen Partei „Die Freiheit“ und des extrem rechten Sammelbeckens „Pegida München“. Dort trat sein Mitkandidat Roland Klemp 2016 sogar als Redner auf. Der Anführer von Pegida München, Heinz Meyer, begrüßte Klemp jovial mit Vornamen und bedankte sich an-



Stadtrats-Kandidat Roland Klemp (rechts) am Rednerpult der Pegida-Kundgebung am 2. Mai 2016 auf dem Odeonsplatz.

schließlich herzlich für die Informationen über angebliche „linksextreme Netzwerke“ in München. Klemp beteiligte sich an den Aufmärschen, in denen zahlreiche Neonazis mitliefen und zeigte sich auch 2016 auch am Rand einer NPD-Kundgebungstour im Münchner Norden mit einem Schild, das sich gegen den Gegenprotest richtete.

Der ehemalige Bezirksvorsitzende der extrem rechten Partei „Die Republikaner“, Reinhard Hornberger, möchte die AfD künftig im Bezirksausschuss 18 vertreten. Hornberger war jahrzehntelang zentraler Funktionär der Partei in München und trat für sie wiederholt als Kandidat an. 2013 versuchte er auf einer gemeinsamen Liste mit der Partei „Die Freiheit“ gewählt zu werden. Auf einer Kundgebung mit dem muslim*innenfeindlichen Aktivisten Michael Stürzenberger empfahl Hornberger seinen Zuhörer*innen, das Buch „Der grosse Wendig“ zu lesen – das revisionistische Machwerk eines NPD-Funktionärs, in dem der Holocaust geleugnet und die nationalsozialistischen Gräueltaten bestritten werden. Wie Hornberger in der Vergangenheit aktiv für die „Republikaner“ war Bernd Beckmann, der seit 2020 im Bezirksausschuss 19 für die AfD sitzt und dies auch künftig tun möchte. Beckmann saß für diese Partei ebenfalls im Bezirksausschuss und war Mitarbeiter für deren Stadträte. 2006 gründete Beckmann mit weiteren Personen den Verein „Pro München e.V.“ An der Gründungsversammlung nahmen auch Vertreter*innen der NPD,



Der damalige Bezirksvorsitzende der „Republikaner“ München, Reinhard Hornberger, (9. von rechts) auf einer Kundgebung mit den Gesinnungsgenoss*innen von „Die Freiheit“ 2013.



Extrem rechte Kontinuitäten: AfD-Kandidat Thomas Nickl (weißes Hemd, schwarzes Sakko) an einem Stand der muslim*innenfeindlichen Partei „Die Freiheit“ 2016.

wie Renate Werlberger und mit Norman Bordin ein Aktivist aus der neonazistischen Kameradschaftsszene sowie ein Vertreter der extrem rechten „Deutsche Partei“ teil. Beckmann übernahm in der Folge zahlreiche Funktionen innerhalb der als extrem rechtes Sammelbecken für die Kommunalwahl 2008 geplanten Vereinigung. Er hatte im Vorstand als Beisitzer die Verantwortung für die Kasse inne, hielt Vorträge auf Mitgliederversammlungen, verfasste das Programm zur Stadtratswahl (bei der er auf Platz 2 der Liste kandidierte) maßgeblich mit und agierte als Pressesprecher von „Pro München“. Die inhaltliche Ausrichtung von „Pro München“ war eindeutig, der Verein trommelte besonders gegen Migrant*innen, Muslim*innen und Geflüchtete. Man sei angetreten, „um das biologische Überleben des deutschen Volkes zu sichern“. Für diesen „Kampf um die Existenzsicherung unseres Volkes“ würden noch „etwa 40 bis 50 Jahre“ bleiben. Die politische Arbeit von „Pro München“ richtete sich maßgeblich gegen Muslim*innen. So machte die extrem rechte Gruppe Front gegen den Bau von Gebetshäusern für Muslim*innen in München und zeichnete das Zerrbild eines angeblich vorauflärerischen aggressiven Islams. „Es geht darum, die schleichende Landnahme Deutschlands mit den gläubigen Muslimen zu vollziehen“, raunte Funktionär Stefan Werner in einer Parteipublikation. Das Bündnis kämpfte gegen „rot-grünen Totalitarismus“ und hetzte mit antisemitischen Codes gegen „tiefenpsychologische Methoden, die in der Hexenküche der US-Ostküstenpsychiatrie entworfen wurden“. Gegen den Neubau der Synagoge am Jakobsplatz agitierte „Pro München“ als ein „80 Millionen Projekt für rund 800 Juden in München“, bedauerte den Abriss des Luftschutzbunkers und klagte: „Auch hier wurden die Münchner nicht gefragt. Einflussreiche Kräfte bestimmen gegen den Willen der Bürgermehrheit.“

Den deutschen Genozid an den Herero in Namibia leugnete „Pro München“, das NS-Dokuzentrum lehnte man als „volkspädagogisches Dokumentationszentrum“ und „rot-grünen Dauerexorzismus“ ab, den Widerstandskämpfer Georg Elser bezeichnete man als „Bombenleger“ – Positionen, die einen guten Eindruck des neonazistischen Geschichtsverständnisses geben, der im Bündnis vorherrschte. In der Wahlkampfzeitung bekannte man sich offen zu seiner LGBTQI-Feindlichkeit: „Nicht länger sollen in der Öffentlichkeit provozierend auftretende Schwule, Perverse und Abartige als Vorbilder Kindern und Jugendlichen vorgehalten werden.“ 2008 bezeichnet ein Artikel in der Wahlkampfzeitung von „Pro München“ die städtische Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen als „Lehrstelle des Abartigen“. Von der LGBTQI-Feindlichkeit bis hin zu einem revisionistischen Geschichtsverständnis, in dem eine aktive Auseinandersetzung mit der historischen Verantwortung für die NS-Zeit als „Schuldskult“ gilt: Viele der Positionen von „Pro München“ finden sich heute in der AfD, die Kandidat*innen wie Bernd Beckmann aufstellt.

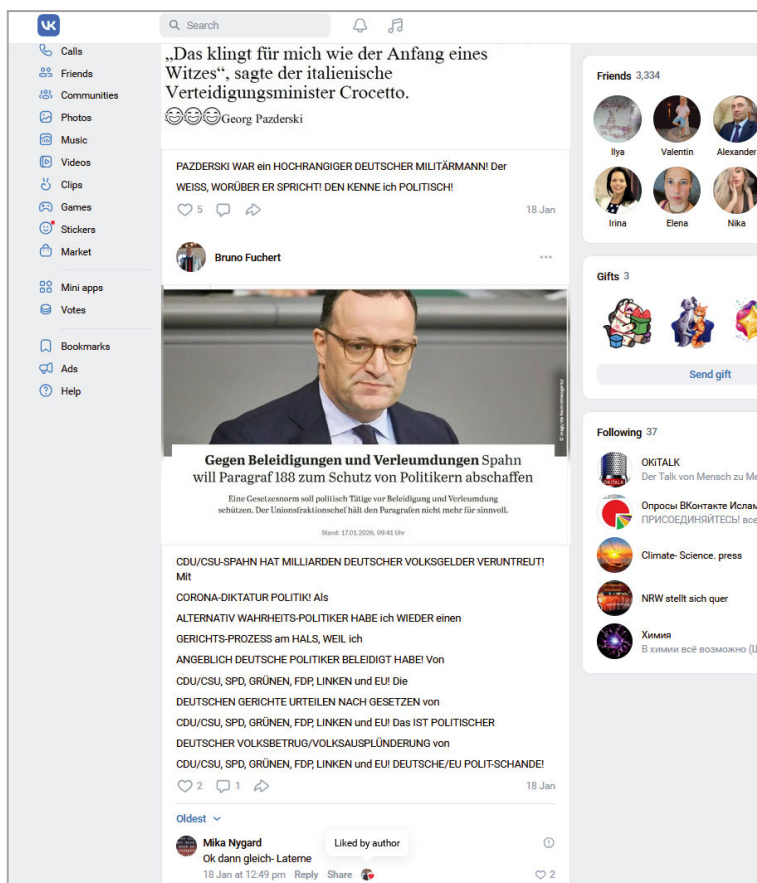
POLITIK GEGEN FEINDBILDER

Die AfD verspricht ihren Anhänger*innen, gegen die jahrelang gepflegten Feindbilder der extremen Rechten vorzugehen, wenn sie gewählt wird: Geflüchtete und Migrant*innen, Muslim*innen und politisch Andersdenkende. Sie möchte auch in München eine „Remigration“ vornehmen und droht Migrant*innen bei „Übergriffen“ mit Schwimmbadverboten. Muslim*innen stehen besonders im Fokus der AfD. Diese setzt sie immer wieder pauschal mit Islamist*innen gleich und versucht, ihre Religionsausübung so weit wie irgendwie möglich zu unterbinden. In ihrem Münchner Programm möchte sie den Bau von Moscheen und Gebetsräumen mit städtischen Mitteln verhindern. Diese Unterstützung einer Weltreligion hält die AfD für „ideologische Projekte“. Sie unterstellt Muslim*innen weiterhin, Deutschland im Rahmen einer „Islamisierung“ zu unterwandern und kündigt in ihrem Landesprogramm an, gegen den Bau von Minaretten, Muezzinrufe und die kommunale Finanzierung islamischer (nicht islamistischer!) Veranstaltungen vorzugehen. Muslim*innen sollen nicht mit einem öffentlichen Fastenbrechen oder einer Ramadanbeleuchtung in der Gesellschaft sichtbar werden, wenn es nach der AfD geht.

Akteur*innen, die sie kritisieren, beschimpft die Partei als „linksradike Strukturen“ und wirft ihnen „Indoktrination“ vor, um ihren Ruf zu beschädigen und ihre Arbeit zu verhindern. Einrichtungen wie die Fachstelle für Demokratie oder die Gleichstellungsstelle für Frauen sowie die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen möchte sie auflösen. Politische Mitbewerber*innen, also etwa Abgeordnete anderer Parteien, sind Teil der Feindbeschreibung der AfD. Ihre Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner kündigte beim Frühjahrsempfang im bayerischen Landtag im Januar 2026 an: „In Bayern stürmen wir im März die Rathäuser“. Hier wird deutlich: Mit der AfD kommt kein demokratischer Mitbewerber in die Parlamente sondern ein Akteur, der andere Parteien als Feinde und das Parlament als Bühne begreift, die er so lange bespielt, wie er sie (noch) nicht vollständig

selbst kontrolliert. An einem demokratischen Diskurs hat die extreme Rechte kein Interesse: Sie gibt nur vor, ihn zu führen und Sachpolitik zu machen, wenn es ihr hilft, salonfähig zu werden.

Florian Edlinger, Kandidat für den Bezirksausschuss in Moosach, ruft seine Leser*innen 2025 in einem Internetbeitrag, in dem er sich über Bundeskanzler Merz erregt, auf: „Vernichten wir gemeinsam die CDU“. Sein Parteifreund und selbsternannter „Alternativ Wahrheits-Politiker“, Bruno Fuchert, lässt sich im Netz am 18. Januar 2026 über die „CORONA-DIKTATUR POLITIK“ und „POLITISCHEN DEUTSCHEN VOLKSBETRUG/VOLKSAUSPLÜNDERUNG“ durch andere Parteien aus. Als ein anderer Nutzer daraufhin vorschlägt, die verantwortlichen Politiker*innen aufzuhängen („Ok dann gleich - Laterne“), stimmt ihm Fuchert mit einem „Like“ zu. Unter einem seiner Beiträge über die „DDR/CDU/CSU-KOMMUNISTIN“ (sic) Angela Merkel im Februar quittiert Bruno Fuchert die Forderung nach der Todesstrafe für die ehemalige Bundeskanzlerin ebenfalls mit einer solchen Zustimmung.



Ein „Like“ für einen Mordaufruf:
AfD-Kandidat Bruno Fuchert
gefällt dieser Kommentar auf
seinem Profil. Screenshot: vk

DIE AfD IN MÜNCHEN: OFFEN RECHTSEXTREM

Die AfD hat in ihrem Programm einige rhetorische Kanten abgeschliffen, inhaltlich hat sich nichts an ihren radikalen Positionen verändert. Sie tritt an als Vertreterin einer Vertreibung von Menschen, die für sie nicht zur deutschen Gesellschaft gehören, möchte die Rechte von Muslim*innen beschneiden, die soziale Ungleichheit in Deutschland weiter erhöhen und die weltoffene Bildungs- und Kulturlandschaft Münchens im Sinn der eigenen extrem rechten Ideologie zerstören. Die klare Haltung gegenüber dieser Partei auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und sich immer wieder unzweideutig von ihr und ihrer Politik abzugrenzen, bleibt eine langfristige Herausforderung für die Zivilgesellschaft und die demokratische Stadtpolitik in München.



Widerspruch: Die Proteste gegen die AfD in München nehmen aktuell zu. Foto: firm

März 2026

Feierwerk e. V.
Fachinformationsstelle
Rechtsextremismus München (FIRM)

Hansastraße 39-41
81373 München

firm@feierwerk.de
www.feierwerk.de/firm